

## **TTIP – Handelspartnerschaft wie und für wen?**

### **Das neue Handelsabkommen feministisch betrachtet**

#### **WAS steckt hinter TTIP?**

Das TTIP - *Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement* soll den Markt der USA und der EU-Länder für Produktimporte, Dienstleistungen und für Investitionen weiter öffnen. Es soll ein maximales Ausmaß an Liberalisierung erfolgen, das europäischen und US-Konzernen sowie Investoren höchste Standards für ihre Investitionen als Schutz garantieren. Dieses Abkommen ist auch in einem größeren Zusammenhang zu sehen, da seit den 1990er Jahren solche bilateralen Abkommen von 500 auf ca. 3000 zugenommen haben. Abgesichert werden sollen diese durch den „Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus“, welcher es Konzernen ermöglicht, Staaten zu klagen.

Diese Handelspartnerschaft zielt 1. auf die Reduzierung von Zöllen, bei denen es jedoch kaum mehr etwas zu reduzieren gibt, 2. in einem wesentlich größeren Umfang auf nicht-tarifäre Handelshemmnisse und 3. auf optimale Bedingungen für Investoren.

#### **WER verhandelt WIE?**

Die Partnerschaft besteht bis jetzt zwischen der EU-Kommission und „600 offiziellen Beratern“ und Vertretern europäischer und US-amerikanischer Konzerne. Es handelt sich also um eine sehr ausgewählte Partnerschaft, jedenfalls ohne Partnerinnen. Denn Frauen-NGOs/Gruppen sowie Gewerkschaften oder andere zivilgesellschaftliche Vertreter\_innen waren weder eingebunden, noch informiert, noch waren ihnen, im Unterschied zu den Konzernlobbyisten, die Dokumente zugänglich. Doch wird gerade das „verhandelt“, was u.a. Frauenorganisationen mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft an Regelungen im Bereich Gesundheit, Hygiene, Ernährung, Sicherheit, Umwelt und Arbeit erreicht haben. Außerdem soll über Umfang und Qualität von öffentlichen Gütern und mögliche Privatisierungen verhandelt werden. Dieses Erreichte heißt in der Sprache des internationalen Handels „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ bzw. „Markteintritts- und Investitionshemmnisse“.

Die Verhandlungen laufen seit Juni 2013 unter Missachtung aller demokratischen Grundregeln wie Transparenz, Information und repräsentativer Mitbestimmung aller gesellschaftlichen Gruppen. Demokratie ist jedoch gerade aus frauenpolitischer Sicht eine zentrale Errungenschaft, da sie die Voraussetzung für eine von Frauen mitbestimmten Rechtsordnung, deren Gesetze und Kontrolle darstellt. Nur weil es Gesetze und einen nachvollziehbaren Rechtsweg gibt, haben Frauen Rechte, auf die sie sich berufen und die sie auch einklagen können. Die geplanten ad-hoc-Schiedsgerichte würden diese Errungenschaften eines nachvollziehbaren Rechtsweges aushebeln, da diese keinem nationalen Recht noch dem Völkerrecht unterliegen.

## **Für wen sorgt diese Partnerschaft?**

Die Partnerschaft verspricht Wohlfahrtseffekte, sagt jedoch nicht für wen. Die prognostizierten quantitativen Wohlfahrtseffekte sind gering und scheinen zudem äußerst unsicher, da eine Vorausschau bis 2027 sehr wagemutig ist.

### **Steuergelder für Konzerne?**

Aus unserer Sicht ist das TTIP ein großes Umverteilungsprojekt „nach oben“ durch eine Art Enteignung von öffentlichen Gütern durch Privatisierung und den Zugriff auf die öffentlichen Budgets z.B. durch Entschädigungszahlungen bei einem Schuldspruch zu Lasten von Staaten. So würden Steueraufkommen u.a. von Leistungen für Frauen zu den Konzernen umverteilt werden. Es wird eine Umverteilung von Steueraufkommen sein, zu dem diese Konzerne wenig bis nichts beitragen werden, denn die Konzernbesteuerungsregelungen sind schon jetzt in vielen EU-Ländern äußerst günstig für Konzerne. Auch sind US-Konzerne verwöhnt – fast – keine Steuern zu zahlen, und sehr versiert, Vermögen zu sich umzuverteilen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen (rent seeking). Das steht im Gegensatz zur Situation von vielen Frauen, die für (oftmals geringe) Löhne immer eine Gegenleistung zu erbringen haben und vielfach Arbeiten tun, ohne dafür eine monetäre Gegenleistung zu erhalten.

### **Harmonisierung „nach unten“?**

Die Handels- und Investitionspartnerschaft will außerdem für mehr Arbeitsplätze sorgen. Abgesehen davon, dass die prognostizierten Zahlen einen Tropfen auf dem heißen Stein darstellen, muss ganz grundsätzlich gefragt werden: Wann bringen Erwerbsarbeitsplätze für Frauen Wohlfahrt statt Ausbeutung? Das tun sie zum Beispiel dann, wenn existenzsichernde Löhne bezahlt werden, wenn Berufs- und Familienarbeit vereinbar sind, wenn Frauen ihre Qualifikationen in der Erwerbsarbeit anwenden und weiterentwickeln können, wenn Frauen die Möglichkeit haben, Führungspositionen zu erreichen, wenn sie sozial- und arbeitsrechtlich gut abgesichert sind und dies auch kontrollierbar ist, wenn Arbeitnehmerinnen sich gewerkschaftlich organisieren können, es Betriebsrätinnen und damit Mitbestimmung gibt. Bereits abgeschlossene Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel das Abkommen zwischen Mexiko, Kanada und USA (NAFTA) machen deutlich, dass bezüglich all dessen große Skepsis angebracht ist. Denn in der Umsetzung des Abkommens ist es zu einer Ausweitung atypischer Erwerbsarbeit und somit zu einem Anstieg prekärer Arbeitsplätze gekommen. In US-Konzernen gibt es zwar Diversitätsprogramme, die Frauenerwerbsarbeit gleichstellen, doch beschäftigen Konzerne zu einem immer höheren Anteil Frauen als Leiharbeitskräfte, für die diese Kriterien nicht gelten.

Um dem entgegenzuwirken, bräuchte es starke Gewerkschaften. Die in Europa bereits bestehende Tendenz, diese zu schwächen, könnte durch die gewerkschafts-averse Praxis von US-Konzernen und dem Wunsch nach transatlantischer Harmonisierung vorangetrieben werden. Somit ist zu befürchten, dass Frauen auch diesmal in Niedriglohnjobs mit prekären atypischen Arbeitsverträgen gedrängt werden, die einer Ausbeutung gleichen.

## **PflegeFalle?**

Gemessen an der gesamten Wertschöpfung und der Mehrzahl der Beschäftigten befinden wir uns in der gesamten EU in Dienstleistungsökonomien. In Österreich arbeiten rund 83% der erwerbstätigen Frauen in Dienstleistungsbereichen. Einer dieser Bereiche ist der Pflegebereich. Mit dem TTIP könnte der Markt für gewinnorientierte Pflegeheimbetreiber weiter geöffnet werden. Da mehr Frauen als Männer ein hohes Alter erreichen, in dem sie mehrere Pflegeleistungen brauchen und auch der Großteil der bezahlten Pfleger\_innen Frauen sind, ist es bezüglich der Wohlfahrtseffekte essentiell, wie in diesen Heimen gepflegt und gearbeitet wird, welche Care-Standards dort gelten oder ob auch diese nach unten harmonisiert werden. Und das wird auch ganz wesentlich mitentscheiden, wie viel unbezahlte Care-Arbeit von Frauen geleistet werden muss.

## **MehrWert für Frauen?**

Was bleibt also für Frauen vom Versprechen der Wohlfahrtseffekte? Mehr unbezahlte Arbeit, weil öffentliche Güter privatisiert, bepreist, vergibt werden? Gefahren, für Gesundheit Ernährung, Sicherheit, weil die diesbezüglichen Schutzbestimmungen als nicht-tarifäre Handelshemmnisse gelockert bis beseitigt werden? Mehr unbezahlte Konsumarbeit, weil Produktauszeichnungsvorschriften als nicht-tarifäre Handelshemmnisse reduziert werden und es viel Zeit und Arbeit braucht, sich die Informationen darüber zu beschaffen, welche Inhaltsstoffe enthalten sind, „womit das Huhn behandelt wurde“? Erhöhte geographische Mobilitätsanforderungen auf Grund verschärfter Zumutungsbestimmungen für erwerbstätige Mütter und Väter, und somit weniger Zeit und mehr Ausgaben für ihre Kinder? Weniger freie Zeit durch – mehr – Überstunden?

## **Daher fordert WIDE: STOP TTIP!**

Der französische Präsident Hollande sagte am 11.2. 2014 während seines Staatsbesuchs in Washington zu den TTIP-Verhandlungen: „We have everything to gain moving quickly. Otherwise, as we know all too well, there will be a build-up of fears, threats and tensions“. Das ist das Gegenteil eines demokratischen Verhandlungsprozesses. **STOP TTIP!**

Dieses Positionspapier wurde auf Basis des Artikels „Der internationale Frauentag und die vier Buchstaben: TTIP. Zum 8. März 2014 – verspätet“ von Luise Gubitzer erstellt.

Wien, 10.4.2014

**WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk  
für Frauenrechte und feministische Perspektiven**

Währingerstr. 2-4 / 22, A-1090 Wien

Tel: (++43-1) 317 40 31

[office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at)

[www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at)

ZVR-Zahl: 626905553